

Volkswacht

für Schlesien und Posen.

Organ für die werftätige Bevölkerung.

Breslau, Donnerstag, den 4. September 1919.

30. Jahrgang.

Nr. 199.

Das große Steuerwerk.

Die Steuergesetze.

In raschestem Tempo hat die Nationalversammlung die folgenschweren Beschlüsse, die sich das alte Regiment während des Krieges auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung hat zuschulden kommen lassen, nachgeholt, soweit das überhaupt noch möglich ist. Die Unterlassung einer rechtzeitigen wirksamen Besteuerung, die so sehr viel zur Verlängerung des Krieges und zu seinem unglücklichen Ausgang beigetragen hat, läßt sich allerdings nicht mehr gutmachen. Aber es mußte verhindert werden, daß noch weitere Monate ins Land gingen, bevor den Besitzenden die Lasten auferlegt wurden, die sie schon viel früher hätten tragen müssen.

Es war schon schlimm genug, daß infolge des Widerstandes und abhängiger einzelstaatlicher Finanzminister vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung die rasche Erhebung der Kriegsgewinnsteuer nicht alsbald nach der Umwälzung erfolgte, und daß nach dem Zustandekommen der neuen parlamentarischen Regierung die demokratischen Finanzminister Schiffer und Dernburg mit den Vorarbeiten für die neuen Gesetzentwürfe bis in den Juni hinein beschäftigt waren. Man mag über Erzberger, der am 21. Juni Dernburg als Leiter der Reichsfinanzverwaltung folgte, denken, wie man will, das Zeugnis kann man ihm nicht verjagen, daß er sofort

mit starker Energie an die Arbeit

gegangen ist und in den verflochtenen zwei Monaten einiges geleistet hat. Die zehn Steuervorlagen, die sein Amtsvorgänger ihm hinterlassen hatte, sind von Erzberger vor dem Parlament vertreten worden und sieben von ihnen zur Annahme gelangt. Er selbst hat an neuen Vorlagen noch die Reichsabgabenordnung, die die gesamte Verwaltung der direkten Steuern von den Ländern aufs Reich überführt, ausgearbeitet.

Sodann hat er ein Gesetz gegen die Kapitalflucht zustande gebracht, das ihn mit weitgehenden Nachbefugnissen ausstattet. Er hat weiter die sehr tiefgreifende Vorlage über das Reichsnotopfer und den Entwurf der Umsatzsteuer eingebracht. Diese beiden Gesetzentwürfe sind einer ersten Beratung unterzogen und liegen nun bei den Ausschüssen, die sich vom 23. September an ihrer Beratung widmen werden. Bis dahin wird auch die von Erzberger rasch in Angriff genommene

große Reichseinkommensteuervorlage

eingebracht werden, an die sich das Gesetz über die Besteuerungsrechte der Länder und Gemeinden anschließt. Dieses Gesetz wird Grundzüge aufstellen für die Steuergebiete, die den Ländern und Gemeinden künftig noch überlassen bleiben.

Mit der Aufstellung dieses Planes, zu dessen Durchführung mit der Annahme des konstitutiven Teiles der Reichsabgabenordnung der entscheidende Schritt bereits getan ist, wird in wenigen Wochen ein Werk geschaffen, an dessen Verwirklichung man noch vor zwei Monaten kaum ernstlich gedacht hat. Wir Sozialdemokraten sind zwar von jeher für eine Reichseinkommensteuer eingetreten, haben in Verbindung damit auch eine einheitliche Veranlagung der einzelstaatlichen Einkommensteuern verlangt, sind aber mit diesen Forderungen jahrzehntelang auf so heftigen Widerstand der Reichs- und der einzelstaatlichen Regierungen gestoßen, daß ihre Verwirklichung völlig aussichtslos zu sein schien. Auch nach der Revolution durfte man ange-

partikularen Strömung

lie von der ersten bayerischen Revolutions-

regierung unabhängiger Föderung ausgehen, die meisten Einzelstaaten erfaßte, auf eine Vereinheitlichung der deutschen Steuergesetzgebung nicht hoffen. Man kommt sie doch, und zwar radikal und mit überraschender Schnelligkeit. Es kann gesagt werden, daß seit der Reichsgründung vor 42 Jahren in dem Verhältnis der Einzelstaaten zum Reich keine Veränderung von solch grundlegender Bedeutung vor sich gegangen ist, wie diese. Sicherlich wird die Selbständigkeit der Einzelstaaten durch die Übernahme der gesamten Steuerverwaltung auf das Reich erheblich geschwächt, und mit der Einführung einer Reichseinkommensteuer, die für Landes- und Gemeindesteuern keinen Raum mehr läßt, verliert die „Steuerhoheit“ der Einzelstaaten ihren wesentlichen Inhalt. Aber bei den ungeheuerlichen finanzpolitischen Aufgaben, vor die das Reich heute gestellt ist, gab es keinen anderen Ausweg.

Die sieben materiellen Steuergesetze, die neben diesem überaus wichtigen Organisationsgesetz angenommen wurden, sind die folgenden:

1. das Erbschaftsteuergesetz,
2. das Gesetz über die Besteuerung des Vermögenszuwachses,
3. das Gesetz über die außerordentliche Kriegsabgabe,
4. das Gesetz über die Grunderwerbsteuer,
5. das Gesetz über die Tabakbesteuerung,
6. das Gesetz über die Besteuerung der Zündwaren,
7. das Gesetz über die Besteuerung der Spielkarten.

Unberührt geblieben sind die Vorlagen betr. die Vergütungssteuer, betr. die Rayonbesteuerung und betr. Erhöhung der Zucksteuer.

Was die letztere Vorlage betrifft, so hat es die sozialdemokratische Fraktion abgelehnt, in ihre Beratung einzutreten. Die Vergütungssteuer wird

voransichtlich den Gemeinden überlassen

bleiben, denen später durch Reichsgesetz Ratmenvorschriften gegeben werden über Art und Höhe dieser Steuern. Das Rayonsteuergesetz ist zurückgestellt, weil zunächst noch weitere Vorarbeiten zu leisten sind.

Die Spielkarten- und Zündwarensteuer sind heute von ganz geringfügiger Bedeutung. Die Zeiten sind vorbei, in denen eine Reichstagsmehrheit die Zündhölzer belasten durfte nur zu dem Zweck, die Erbschaften steuerfrei lassen zu können. Wie sehr sich gegenüber dem Jahre 1909 die Zeiten verändert haben, das ergibt sich aus der Tatsache, daß gleichzeitig mit der Ausdehnung der Zündholzsteuer auf die bisher steuerfreien Zündwaren eine

Erbschaftsteuergesetz

wurde, die schon beim Kindeserbe bis zu 70 Prozent ansteigen kann. Im übrigen ist auf Betreiben unserer Fraktion in das Gesetz über die Zündwarensteuer die Bestimmung hineingekommen, daß spätestens am 31. März 1921 ein Herstellermonopol für Zündwaren in Kraft tritt.

Auch die Tabakbesteuerung erscheint heute in anderem Lichte, wie noch vor einigen Jahren. Wir können uns die uneingeschränkte Einfuhr von Luxus- und Genutzgegenständen aus dem Auslande bei unserer Volksarmut nicht mehr gestatten. Unsere Zahlungsmittel reichen nicht einmal für die allernotwendigsten Lebensmittel und Rohstoffe. Wer trotzdem Zigarren rauchen will, muß dem Staate einen Beitrag leisten für die Opfer, die die Tabakeinfuhr unserer Volkswirtschaft auferlegt. Die Abstufung der neuen Zigarrenbändersteuer sorgt auch dafür, daß

der einzelne nach seiner Leistungsfähigkeit getroffen wird. Die billigste Zigarre hat künftig 0,8 Pf., die teuerste 1,60 Mark Steuer zu tragen. Wichtig ist die Abstufung bei der Zigaretten-, der Rauch-, der Kau- und der Schnupftabaksteuer.

Die Grunderwerbsteuer ist nicht neu. Sie stellt nichts anderes dar als die Zusammenfassung der bisherigen Stempel für den Grundwechsel, der vom Reich, den Staaten und Gemeinden gemeinsam erhoben wurde. Sie ist allerdings zugleich erhöht worden, denn der neue Reichsteuervertrag beträgt 4 Prozent gegenüber einer bisherigen Belastung, die in den einzelnen Teilen des Reiches zwischen 2 und 3,2 Prozent schwankte.

Die Besteuerung des Vermögenszuwachses erfährt jeden während der Kriegszeit erzielten Vermögensgewinn. Der Steuertarif ist auf das Eingreifen unserer Fraktion verschärft worden. Der höchste Vermögenszuwachs, der nunmehr dem Steuerpflichtigen selbst bei Millionengewinnen verbleiben kann, beläuft sich auf 170 000 Mark, während ihm die Regierungsvorlage im äußersten Falle 205 000 Mark, der Staatenausschuß sogar 420 000 Mark belassen wollte.

Die außerordentliche Kriegsabgabe erfährt das Mehreinkommen, das der einzelne im Jahre 1918 gegenüber seinem letzten Friedenseinkommen gehabt hat, mit 5 bis 70 Prozent (die Regierungsvorlage ging bis 50 Prozent), und den Mehrgewinn der Gesellschaften im 5. Kriegsjahr mit 40 bis 80 Prozent.

Die Erbschaftsteuer endlich, die erste dauernde Besteuerung des Reichs großen Umfangs, beläuft sich den Nachlass als Ganzes mit 1 bis 5 Prozent, und zwar wie der Satz von 5 Prozent bei Nachlässen von 2 Millionen erreicht, und sodann erweist sie den einzelnen Erbanfall noch einmal mit Steuerhöhen von 4 bis 35 Prozent beim engsten und von 15 bis 70 Prozent beim entferntesten Verwandtschaftsverhältnis. Die Höchstbeträge der Regierungsvorlage betragen 20 und 50 Prozent. Der höchste Steuerjahrszins hier in Kraft bei Erbanfällen von 17 Millionen. Die Steuer steigt jedoch bis zum doppelten Betrag, wenn schon ein Vermögen vorhanden ist, doch darf sie 90 Prozent des Erbanalles nicht übersteigen. Die Schenkungen werden wie Erbanfälle behandelt. Alle Verschärfungen sind der Sozialdemokratie zu danken.

Es ist kein Wunder, daß angesichts dieser Steuerjahre die Rechte laut aufkärte. So etwas war sie bisher nicht gewohnt. Kann es doch vorkommen, daß ein Mann, der sich am Schluß des Krieges 5 Millionen reich dünkte, nach Erfüllung aller ihm obliegenden Steuerpflichten noch 146 000 Ml. behält. Das mag sehr schmerzhaft sein, gibt aber den Massen der Notleidenden zum Erbarmen keinen Anlaß. Massen heute 20 Milliarden Mark Steuern mehr beschafft werden als vor dem Kriege, so mögen die Besitzenden gefälligst in den Beutel greifen, um die Beche nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit begleichen zu helfen, die sie zum weitesten Teil mit verschuldet haben.

Neue Rationierung in England.

Notterdam, 3. September. Nach englischen Blättermeldungen wird vom 30. Oktober ab die Rationierung von Butter, Fleisch und Zucker wieder eingeführt. Das an Einkauf so reiche England muß wieder rationieren!

Die Heimkehr!

Notterdam, 2. September. Die Rückführung aller in England befindlichen deutschen Kriegsgefangenen erfolgt nach einer Resolution vom 15. Oktober.

Eine Verfügung des französischen Kriegsministers an alle Gefangenenlager ordnet die Rückgabe der deutschen Gefangenen aus dem Aufmarschgebiet an die Sammelstelle innerhalb 14 Tagen an.

Als Zentralkommission ist im Kriegsministerium eine Abteilung für zurückkehrende Kriegsgefangene eingerichtet, die unter der Leitung des Obersten von Krause steht. Diese Zentralkommission hat das gesamte Reichsgebiet in sieben Gruppen eingeteilt, die ihren Sitz außer in Berlin in Breslau, Barmen, Göttingen, Wilhelmshaven, Konstanz, Bad Homburg haben. Der bedeutendste Anteil fällt der Gruppe Rhein in Bad Homburg zu. Sie hat den Zweck, die Heimführung aller aus französischem und belgischem Boden in französischer, belgischer, englischer und amerikanischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen, ungefähr 500 000 Mann, in die Wege zu leiten.

Die Engländer haben sich bereit erklärt, die Zahl der täglich heimzuführenden Gefangenen auf 5000 oder 6000 zu erhöhen.

Der französische Außenminister Michon gab im Kammerversammlung bekannt, daß sich in Frankreich und seinen Kolonien 335 000 deutsche Kriegsgefangene befinden. Der Ministerrat hat am 1. September die Arbeitspflicht der deutschen Kriegsgefangenen aufgehoben.

Wer sind die Gelden?

Berlin, 4. September. Als Präsident Polakowicz in Straßburg war, hat er auch eine Delegation, bestehend aus 2 Stadträten und einem Fabrikdirektor, aus Saarbrücken empfangen. Die drei Herren waren der Geheimen Sanitätsrat Dr. Schönmann, Oberstabsarzt bei Landwehr, der bis zum Ausbruch der Revolution seine Uniform trug, ferner Kommerzienrat Freidorf und der Rittmeister der Reserve der Olga-Dragoonen Maj. von.

Da haben wir wieder: Manipulator, sagen Offiziere sind es, die das Vaterland verraten, die Arbeiter halten es im ganzen Westen hoch. Es ist das Kaliber, für das die sozialistische Presse von der Art der Tagespost das Wort führt, die ihre „Treu für die Heimat“ in Schrift dokumentieren!

Die Note der Entente.

Berlin, 3. September. Die Note der Entente, welche eine Verfassungsänderung wegen des Ausschusses des Reichstages verlangt, schließt mit der Drohung, daß diese Verlegung ihrer Verpflichtungen in einem wesentlichen Punkte die Rechte zwingen werden, unmittelbar die Ausdehnung ihrer Befugnisse auf dem rechten Mittelufer zu beschließen, falls ihre gerechte Forderung nicht innerhalb 14 Tagen vom Datum der vorliegenden Note gerechnet, erfüllt ist.

Die deutsche Regierung nimmt dazu folgende Stellung ein: Die Note verlangt keine Verfassungsänderung, sondern nur die authentische Feststellung, daß Artikel 61 Absatz 2 der Verfassung nicht in Kraft tritt, so lange der Rat des Bundes nicht der Vereinigung Deutschlands mit Deutschland zugestimmt hat. Diese Feststellung enthält schon der Artikel 175 Absatz 2 der Verfassung. Er wird ausbedeutlich bekräftigt werden.

In Subisshafen sind weitere 3000 französische Soldaten eingetroffen. Auch in Speyer und Kaiserslautern sind neue französische Truppen eingezogen.

„Echo de Paris“ meldet, daß die Truppenansammlungen in der Pfalz nicht militärischen Maßnahmen im besetzten Gebiet dienen, sondern daß sie zum Vormarsch bestimmt sind für den Fall, daß die deutsche Regierung die Forderung nach Streichung des § 61 der Reichsverfassung ablehnen sollte.

Die Eisenbahnkontrollen sind für nächste Angelegenheiten auf den 4. September in Berlin ein. Es befehlt auf 60 Millionen, 12 Millionen für 17 Schienen und 12 Millionen für

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 4. September.

Über 6 Millionen Mitglieder in den freien Gewerkschaften.

Der Gewerkschaftskongress in Nürnberg konnte von einem Anwachsen der Mitgliederzahl unserer Gewerkschaften auf über fünf Millionen berichtet werden. Heute ist jene Zahl bereits bedenklich überholt. Nach den neuesten Siffern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sind gegenwärtig 6.087.000 Mitglieder in den freien Gewerkschaftlichen Zentralverbänden vorhanden.

Eine neue Sicherheitspolizei.

Der Krieg hat die Kriminalität unseres Volkes bedenklich gesteigert und das Wachstum des Verbrechens begünstigt. Nicht umsonst werden fünf Jahre lang Millionen Menschen zu Werd und Todschlag angehalten, die Achtung vor Eigentum und Menschleben auf den Nullpunkt gesenkt.

In Breslau sind die Eigentumsvergehen auf dreifache gestiegen. Von zehntausend im ganzen Jahre 1913 auf 14.000 im ersten Halbjahr 1919. Im Südbahnhof wird ein Liebespaar von einem Mordhinterläufer angegriffen, das Mädchen muß dessen Freivoluntären mit dem Leben bezahlen.

Dafür ist der bisherige Bestand der Breslauer Polizei unzureichend. Von den 675 Polizeiwachmännern stehen wegen Urlaub, Krankheit, dienstfreien Tagen und dergleichen für den Außendienst kaum 300 zur Verfügung.

Stadt-Theater.

Der Barbier von Sevilla.

Von den „Meistersingern“ zum „Barbier“, von Richard Wagner zu Rossini, das ist denn doch ein höchst schöner Sprung für zwei aufeinanderfolgende Opernabende, und man wird zur Entlastung von dem Vorwurf einer allzu kühnen Euphorie in dem Spielplan annehmen müssen, daß die Rücksicht auf das Gastspiel von Maxime das Maß für diese Wahl diktierte.

meistern und neugeworbenen Mannschaften in der Höhe von mindestens 900 Mann gebildet werden. Die Angeworbenen sollen in der Regel nicht unter 24 Jahre alt sein.

Die neue Polizei soll unter dem Kommando des Herrn Oberst Schwell stehen, dem Kommissar Amelung als polizeitechnischer Berater und Major Bedker für die Ausrüstungsfrage beigegeben wird.

Diese Einzelheiten wurden gestern vom Polizeipräsidenten den Vertretern der hiesigen Presse bekannt gegeben und dabei mitgeteilt, daß die ausführenden Abteilungen der Polizeibeamten gegen diese Neuorganisation im Schwinden begriffen sei.

In der Besprechung wurde von einem Vertreter der „Volkswacht“ hervorgehoben, daß sich viele Kreise der Breslauer Bürger mit dieser Neuorganisation nur dann befremden würden, wenn sie nicht in Kampfbereitschaft zu den Einwohnern gerät, sondern als Freund der Bürgerschaft auftritt.

Daß etwas geschehen müsse, um die öffentliche Sicherheit vor Gewalttaten und Ausschreitungen zu schützen, wurde von keiner Seite bestritten. Und da die einseitig gebildeten Einwohnerversammlungen der Arbeiterschaft verworfen werden, ist hier vielleicht ein Weg gezeigt, wie die Lücke in der Sicherstellung von Ruhe und Ordnung ausgefüllt werden kann.

Erklärung.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins Breslau sieht sich veranlaßt, folgendes zu erklären:

Wir lehnen es prinzipiell ab, in rein gewerkschaftliche Lohnkämpfe einzugreifen. Da die Organisation der Eisenbahner weder bei uns, noch bei den Inhabern der Landtagsmandate eine Vertretung der Partei in ihrer Versammlung im Zirkus Rutsch am 31. August d. J. nachgeschickt hat, konnte auch die Partei offiziell nicht vertreten sein.

Der Eisenbahner-Verband bestreitet und telephonisch, daß auch der Abgeordnete Genosse Ziegler (U. S. P.) nicht von der Organisation, sondern privat von einigen in der U. S. P. organisierten Mitgliedern des Eisenbahnerverbandes geladen worden sei.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins Breslau. S. A. Pietzsch.

Lohnforderungen der Gärtner.

Eine Versammlung der Landschaftsgärtner (Sektion des Verbandes der Gärtner und Gartenarbeiter Deutschlands, Filiale Breslau) beschloß, den Arbeitgebern folgende Lohnforderungen zu unterbreiten:

Für selbständig arbeitende Landschaftsgärtner ein Stundenlohn von 2 Mark. Gehilfen über 20 Jahre 1,80 Mark, Gehilfen bis 20 Jahre 1,60 Mark. Für Vorarbeiter 1,60 Mark.

Streitende Landwirte.

Bekanntlich ist die Zwangsbewirtschaftung für Gafers bis zu einem noch ganz geringen Umfang aufgehoben. Die Landwirte sind nur noch verpflichtet, von jedem Morgen einen Zentner Gafers abzuliefern, der übrige kann von ihnen im freien Handel verkauft werden.

Die Landwirte sind der Fortsetzung der Zwangsbewirtschaftung für Gafers einen Wort- und Vertrauensbruch der Regierung und erhöht gegen diese Forderung der Zwangsbewirtschaftung Widerstand geleistet.

Die Lage der Rechtsanwaltsangehörigen.

Dienstag sollten die Verhandlungen zwischen den beiden Anwaltsvereinen und dem Verein der Rechtsanwalts- und Bureaubeamten vor dem Schlichtungsausschuß fortgesetzt werden.

Städtischer Schießbaumwolle in Pulverfabrik unbrauchbar zu machen.

Die Fabrikanten der Pulverfabrik in Breslau sind gegen die Veranlassung des Stadtkommandos durch den Stadtkommandanten im Zimmer 38 des Gewerkschaftshauses zu haben. Zur Ausführung kommt am nächsten Sonntag die Exekution.

Städtischer Schießbaumwolle in Pulverfabrik unbrauchbar zu machen.

Die Fabrikanten der Pulverfabrik in Breslau sind gegen die Veranlassung des Stadtkommandos durch den Stadtkommandanten im Zimmer 38 des Gewerkschaftshauses zu haben.

Städtischer Schießbaumwolle in Pulverfabrik unbrauchbar zu machen.

Die Fabrikanten der Pulverfabrik in Breslau sind gegen die Veranlassung des Stadtkommandos durch den Stadtkommandanten im Zimmer 38 des Gewerkschaftshauses zu haben.

Städtischer Schießbaumwolle in Pulverfabrik unbrauchbar zu machen.

Die Fabrikanten der Pulverfabrik in Breslau sind gegen die Veranlassung des Stadtkommandos durch den Stadtkommandanten im Zimmer 38 des Gewerkschaftshauses zu haben.

bereit, der Vertagung der Verhandlung zuzustimmen und das Resultat abzuwarten, das die Verwaltung der Anwaltsvereine in ihrem eigenen Schlichtungsausschuß, der am Sonnabend zum Zusammenkommen ist, ergeben wird.

Änderung des Tarifvertrages der technischen und kaufmännischen Angestellten.

Von der Pressekommission des Bundes technischer Angestellten und Beamten der Ortsgruppe Breslau wird uns zur Änderung des Tarifvertrages der Privatangestellten in Handel und Industrie folgende gefordert:

Die immer weiter gestiegene Teuerung der gesamten Lebenshaltung hat den Maßstab für die Stadtverordneten Breslaus gleichwie die Staatsbehörden veranlaßt, ihren Arbeitern und Beamten mehrfach bedeutende einmalige und laufende Teuerungszulagen zu gewähren.

Daneben hat der Beamtenrat außer sonstigen Vergünstigungen feste Anstellungen und auskömmliche Pensionen, wovon die Privatangestellten, bei den städtischen und staatlichen Angestellten, wohingegen der Privatangestellte und angestellte, jeden wenigstens seines Einkommens vorzuziehen muß.

Vorzugs-Billetts für die Sonntag-Nachmittags-Vorstellung im Schauspielhaus.

Die Vorrede des Mitgliedsbuches des Sozialdemokratischen Vereins im Zimmer 38 des Gewerkschaftshauses zu haben.

Der Stadtkommandant hat dem neuen Inhaber des Lieblich-Theaters die Konzession zum Verkauf geistiger Getränke in den oberen Räumen erteilt.

Madonnen-Grünzeuge.

Die ohnehin Programmverläufer beim Madonnen erklären, daß sie mit den Schiebchen, die am Sonntag die Programmisten für 5 Mark das Stück verkauft hatten, nichts zu tun haben.

Internationalisierung der Wissenschaft.

Bildung und Wissenschaft sind menschliches Allgemeingut, kein Volk besitzt das Recht eines besonderen Anspruchs auf diesen Schatz. Die Hochschulen der Welt bilden in ihrem Wesen in ihrem Bestreben die große Einheit geistiger Forschungen.

Blieftspitzen und Charakter.

Es sind oft unbedeutende Kleinigkeiten, die Kinder tun, und aus denen man am besten sieht, wie ihr Charakter werden wird.

Was aller Welt.

Ein letztes Erlebnis hat sich ereignet, bei dem die deutsche Kriegsgesandtschaft in den amerikanischen Gesandtschaften in St. Louis bei Dr. R. W. Miller einen Antrag gestellt hat.

Wichtig ist die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen der ganzen Welt (Kontinent und Schillerkreis) in die Wege geleitet werden soll.

Ein Junge a. B. der seinen Blieftspitzen mit kleiner Spitze vorzieht, wird sicher wirtschaftlich achtmal und wertvoll. Jungen oder Mädchen, die ungewöhnlich lange brauchen, um eine lange Spitze mit regelmäßigen und genaueren Schnitten anzufertigen, werden ein künstlerisches oder verträumtes Temperament zeigen.

Ein letztes Erlebnis hat sich ereignet, bei dem die deutsche Kriegsgesandtschaft in den amerikanischen Gesandtschaften in St. Louis bei Dr. R. W. Miller einen Antrag gestellt hat, die amerikanische Regierung zu bitten, die deutsche Kriegsgesandtschaft in den amerikanischen Gesandtschaften in St. Louis bei Dr. R. W. Miller einen Antrag gestellt hat.

